

<https://www.welt.de/wirtschaft/article177105432/Energiewende-Kommission-zur-Ausstieg-aus-der-Kohle-nimmt-Arbeit-auf.html>



WIRTSCHAFT

KOMMISSION ZUM KOHLEAUSSTIEG

Hohe Erwartungen, ehrgeiziger Zeitplan, unterschiedliche Interessen

Stand: 06.06.2018 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Michael Gassmann

06.06.2018, Berlin: Hubertus Heil (l-r, SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, Svenja Schulze (SPD), Bundesumweltministerin, und Peter Altmaier (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, kommen aus dem Bundeskanzleramt nach der Sitzung des Bundeskabinetts für ein Statement. Thema war der Kabinettsbeschluss zur Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung».



Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD, l.), Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), nach dem Kabinettsbeschluss zur neuen Kohlekommission
Quelle: dpa

Eine Kommission soll den Ausstieg aus der Kohle regeln. Doch noch bevor sie ihre Arbeit richtig begonnen hat, wird klar, dass die Interessen weit auseinander gehen. Unter den Mitgliedern sind viele alte Bekannte.

Sie startet spät, und sie soll Unvereinbares auf einen Nenner bringen: Die **Kohlekommission**. Die Bundesregierung hat am Mittwoch nach langem Gerangel das Gremium mit dem offiziellen Titel „**Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**“ auf den Weg gebracht.

Ihr Ziel besteht darin, einen Plan auf dem Weg zu mehr Klimaschutz durch einen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle zu entwerfen und zugleich die Kohleregionen im Rheinland, in der Lausitz und in Mitteldeutschland mit ihren knapp 21.000 direkten Arbeitsplätzen vor Strukturbrüchen zu bewahren.

Die Erwartungen sind hoch. „Wir bringen die Arbeit zu den Menschen“, versicherte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) kündigte an, die Kommission werde bereits vor den Sommerferien erstmals zusammenkommen und mit der Erfüllung ihres „historischen Auftrags“ beginnen. Deutschland hat sich verpflichtet, den Ausstoß an Kohlendioxid bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Bis 2030 soll die Reduktion sogar 55 Prozent betragen.

31 Mitglieder – Tillich, Platzeck, Pofalla dabei

Der Zeitplan für die Kommission ist in jedem Fall ehrgeizig. Vorschläge für den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren werden bis Ende Oktober dieses Jahres erwartet. Ideen, wie Deutschland seine Klimaschutzziele für das Jahr 2020 realisieren kann, sollen spätestens bis Anfang Dezember vorliegen. Dann beginnt in Polen die nächste Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen. Ein Abschlussbericht, der möglichst auch ein Enddatum für die Schließung des letzten Kohlekraftwerks in Deutschland enthält, könnte bis Ende 2018 vorliegen.

Die personelle Besetzung des Zirkels ist ein Spiegel der auseinanderstrebenden Interessen, die in der Kohlekommission zusammenfinden sollen. Ihre Zusammensetzung war ein Hauptgrund für die Verzögerungen. Vertreten sind Umweltverbände, Politik, Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen, die betroffenen Regionen und die Wissenschaft. Das Gremium umfasst nun 31 Mitglieder, darunter vier Vorsitzende. Dabei handelt es sich um die ehemaligen Ministerpräsidenten der Braunkohleländer Sachsen und Brandenburg, Stanislaw Tillich (CDU) und Matthias Platzeck (SPD).

Ferner zählt Bahn-Vorstand Ronald Pofalla zu den Vorständen. Er soll nach Angaben des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums auch die NRW-Interessen einbringen. Vorstandsmitglied Barbara Praetorius ist Wissenschaftlerin und hat sich mit Forschungen zu den Themen Nachhaltigkeit und Umweltökonomie einen Namen gemacht. Dazu kommen 24 einfache Mitglieder und drei Abgeordnete von CDU, CSU und SPD, die aber kein Stimmrecht haben.

Stark unterschiedliche Interessen

Schon vor der ersten Sitzung, terminiert auf den 26. Juni, versuchten einige Mitglieder, Verhandlungspositionen festzuklopfen. So wollte sich Platzeck gegenüber dem Sender rbb nicht darauf festlegen, dass es bis zum Jahresende einen Plan für den vorgesehenen Strukturwandel geben werde. Bei allem Zeitdruck müsse man „immer auch zusehen, dass es hier um das Schicksal von Zehntausenden Menschen geht“, so Platzeck. Die Qualität der Arbeit müsse im Vordergrund stehen. 30 Jahre für den Strukturwandel stellten einen Zeitrahmen dar, „mit dem man arbeiten kann“.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erklärte, die Beschäftigten in der Braunkohle verfügten derzeit über gute Arbeitsplätze einschließlich Tariflöhnen und Mitbestimmung. Sie würden sich nicht „abspeisen“ lassen. Auch die Bergbau-Gewerkschaft IG BCE warnte vor einem überstürzten

Ausstiegsplan. „Die Menschen in den Revieren brauchen keinen politisch beschleunigten Ausstieg aus der Kohle“, sagte Gewerkschaftschef Michael Vassiliadis. Er gehört der Kommission an.

Dagegen drängte der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, auf Eile. „Als Naturwissenschaftler in der Kommission werde ich insbesondere geltend machen, dass ein zögernder Kohleausstieg durch die Gesetze der Physik bestraft werden würde“, sagte er. Das zunehmende Auftreten von Wetterextremen bestätigten die Dringlichkeit des Klimaschutzes täglich, so Schellnhuber. Auch die Vorsitzenden der Öko-Organisationen Greenpeace und BUND, Martin Kaiser und Hubert Weiger, gehören dem Gremium an.

BDI fordert Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen

Ein Bündnis von Umweltverbänden hat für den 24. Juni, also zwei Tage vor der ersten Sitzung der Ausstiegsplaner, zu einer Demonstration für einen beschleunigten Ende der Kohlenutzung aufgerufen. Vieles deute darauf hin, dass die Kommission „das Hinauszögern eines extrem klimaschädlichen Zustands“ tolerieren werde, warnte Michael Müller, Chef der Naturfreunde Deutschlands.

Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft forderten, die Wirtschaftlichkeit im Blick zu behalten. Die Kommission müsse dafür sorgen, dass eine sichere Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in ganz Deutschland gewährleistet bleibe, verlangte Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI).

x x x